

Brief aus dem Nationalrat : ein Spitalbesuch

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143751>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Spitalbesuch

«Sie nehmen besser Schnittblumen. Töpfe kosten mehr Zeit beim Giessen und werden vom Personal deshalb gar nicht geschätzt.» Die Frau muss es wissen, Spitalbesucher gehören ja zur regelmässigen Kundschaft von Blumengeschäften. So entscheiden wir uns für einen kleinen Strauss und fahren in die Klinik.

Die 75jährige Genossin ist von einem Auto angefahren worden und liegt mit gebrochenen Beinen im Spital. Nach den ersten zwei Wochen von Schock und Schmerzen hat ihr übliches Selbst wieder die Oberhand gewonnen. Ohne zu klagen, versucht sie aus jeder Situation das Beste zu machen. Sie ist bescheiden und dankbar für Hilfe, gleichzeitig aufmerksam und kritisch beobachtend, klug und witzig in ihren Kommentaren. Als langjährige Gewerkschafterin sieht sie auch die Seite der im Spital Arbeitenden, und sie bemüht sich nach Kräften, keine unnötige Arbeit zu verursachen. Gerade deshalb haben ihre Beobachtungen Gewicht, wenn sie von den kleinen Freuden und den kleineren und grösseren Nöten im Spitalalltag spricht.

So kommen mir in diesem Krankenzimmer einige Probleme sehr klar zum Bewusstsein. Ich kenne übrigens das betreffende Spital recht gut; ich habe dort verschiedene nahe Angehörige sehr oft besucht und die Atmosphäre immer als gut empfunden. Es geht im folgenden deshalb keineswegs um Kritik an dieser individuellen Institution oder gar an den einzelnen Menschen; ich denke, die Beobachtungen und Bemerkungen widerspiegeln durchaus allgemeine Probleme.

Personalknappheit und ihre Folgen

Die Blumen auf dem Fenstersims spre-

chen für sich selbst. Verdorrte Töpfe, Schnittblumen, denen es nur um eine Spur besser geht... Natürlich, dies ist ein Detail, medizinisch-pflegerisch gesehen ein völlig nebensächliches. Müssen Prioritäten gesetzt werden, kommen die Blumen richtigerweise am Schluss an die Reihe. Ich frage mich trotzdem, ob dies psychologisch so vernachlässigbar ist? Das dürre und welke Gewächs im Krankenzimmer verbreitet jedenfalls nicht gerade eine freundliche und optimistische Stimmung. Und diese Blumen sind ja nicht das einzige, das mich nachdenklich macht.

Zugegeben, über Weihnachten und Neujahr mögen besondere Bedingungen geherrscht haben; selbstverständlich soll ja auch das Pflegepersonal seine freien Tage haben. Und dazu kommen unter Umständen auch noch unvorhergesehene Schwierigkeiten wie Krankheit oder Unfall der Diensthabenden. Ist es aber nicht bedenklich, wenn das Personal so knapp bemessen ist, dass ein einzelner unvorhergesehener Ausfall zu massiven Einbussen für die Kranken führt? Wenn sie beispielsweise nicht mehr in den Rollstuhl aufgenommen werden können, es sei denn, dass Besucherinnen und Besucher helfend einspringen? Nicht alle können auf die Angehörigen zählen.

Personalknappheit im Spital: Wir kennen seit vielen Jahren die angespannte Situation in diesem Bereich. In der Zeit der Hochkonjunktur konnte wegen des chronischen Personalmangels zwar eine merkliche Besserstellung des Pflegepersonals erreicht werden. An Hilfspersonal hat es seit längerer Zeit nicht mehr gefehlt; Asylsuchende haben sich ja als gute, willige und überdies billige Arbeitskräfte an-

geboten. Aber die *Arbeitsüberlastung* des Pflegepersonals wurde damit nicht beseitigt, und nach wie vor sind die finanziellen und organisatorischen Arbeitsbedingungen in diesen typischen Frauenberufen relativ schlecht. Die Besoldungsrevision wurde hinausgeschoben. Obwohl es heute auch im Pflegebereich genug Stellensuchende gibt, kann nicht mehr Personal angestellt werden. Das Personal ist knapper denn je, denn die oberste Devise lautet: «Der Staat muss sparen.»

Schritte zur Zweidrittels-Medizin

Nun sind in den letzten Jahrzehnten die Kosten im Gesundheitswesen überproportional gestiegen, und zweifellos braucht es Anstrengungen, um diese Entwicklung zu bremsen. Ist es aber richtig, solchen Druck im Personalsektor der Spitäler auszuüben? Ich möchte es bezweifeln, wie die Krankenschwester am Bett der Genossin: Die Leidtragenden sind die Kranken und das Pflegepersonal, zuerst der allgemeinen Abteilungen der öffentlichen Spitäler. Überdies sollen in Zukunft die Patientinnen und Patienten selber stärker zur Kasse gebeten werden. Die bürgerliche Mehrheit der Räte hat beschlossen, bei den Spitaltaxis einen *Selbstbehalt* einzuführen. Für viele wird dies nicht allzu gravierend sein. Aber die Schwächeren, die auch die steigenden Prämien der Krankenkassen kaum mehr verkraften können, trifft es hart. Viel zu lange ist der wachsenden *Entsolidarisierung* zugeschaut worden. Schritte hin zur Zweidrittels-Medizin – wahrlich keine erfreuliche Perspektive!

Die Genossin braucht sich über die unmittelbaren Kosten des Unfalls nicht zu sorgen; es ist klar, dass die Haftpflichtversicherung des Autofahrers sie übernehmen muss. Aber die weitere Entwicklung ist noch nicht abzusehen; in ihrem Alter ist das Gehenlernen keine Kleinigkeit, eine Wohnung im dritten Stock nicht eben hilfreich. Und selbst die grosszügigste Übernahme aller indirekten Folgekosten durch die Versicherung kann nicht für Schmerzen, Mühe und Ängste entschädigen.

Die sozialen Kosten von Verkehrsunfällen

Es ist müssig, über die Schuld des Autofahrers zu diskutieren. Es war kein Raser, kein verantwortungsloser Rowdy. Eine Sekunde des Abgelenktseins durch anderes Verkehrsgeschehen hat genügt. Wer fährt selbst Auto und kann von sich behaupten, dass ihm oder ihr ein solcher Fehler noch nie passiert ist oder nie passieren wird? Und dass glückliche Umstände und nicht die eigene Tugend dafür verantwortlich waren, wenn niemand zu Schaden kam? Sich die *Gefährlichkeit des Autos* immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, ist eine Notwendigkeit.

Eine andere Seite des Problems beschäftigt mich. Vor gut einem Jahr wurde durch den Dienst für Gesamtverkehrsfragen eine Studie zu den sozialen Kosten von Verkehrsunfällen publiziert. Entgegen den wiederkehrenden Behauptungen der Strassenlobby ist die Strassenrechnung ja in keiner Weise gedeckt. Durch Verkehrsunfälle entstehen für Nichtverursacher und für die Allgemeinheit zusammen jährliche Schäden in der Höhe von rund anderthalb Milliarden Franken. Vieles davon mag nur sehr grob geschätzt sein, und menschliches Leid lässt sich überhaupt nicht beziffern. Es gibt aber auch nicht unwesentliche Anteile, die einigermaßen zu berechnen sind: die Spitalsubventionen beispielsweise, die Unfallpatienten zugute kommen. Der Staat subventioniert Verkehrsunfälle, für deren Folgen doch eigentlich die Verursacher aufzukommen hätten. Nicht nur das Benzin, sondern auch die Haftpflichtversicherung ist offensichtlich viel zu billig. Es gehen längst nicht alle Kosten in die Rechnung ein. Trotzdem hat die alte Forderung nach Kostenwahrheit auch heute keine Chance. Das dünkt mich umso stossender, als der Staat rigoros auch bei den Spitalern spart und den Spitalkranken einen Selbstbehalt auferlegen will. Nicht Sparen um jeden Preis, sondern Gerechtigkeit und Solidarität sind gefordert.

Ursula Leemann